

CDU/ FDP- Fraktion im Kreistag LK Leipzig

Bericht/ Zusammenfassung der Kreistagssitzung am 18.05.2022

Pressemitteilung

Am Mittwoch, den 18.05.2022 fand im Stadtkulturhaus Borna die 15. Sitzung des Kreistages im LK Leipzig statt.

Die übliche Beteiligung der interessierten Öffentlichkeit war im hinteren Bereich des Sitzungssaales möglich, wie auch eine Einwohnerfragestunde.

Nach Eröffnung der Sitzung durch Landrat Henry Graichen wurden zunächst die Formalitäten abgehandelt.

Zum TOP 1.2, Bestätigung der Tagesordnung, wurde dieser mehrheitlich zugestimmt.

Im TOP 1.4 wurde ein Hinderungsgrund für die weitere Ausübung des KT- Mandats durch Frau KRtin. Andrea Hesse, Fraktion GRÜNE, festgestellt und betätigt.

Frau Hesse ist seit Kurzem als Angestellte in der Kreisverwaltung tätig.

Danach wurde mit TOP 2 in die öffentliche Sitzung/ Beratung eingetreten.

Im TOP 2.1 wurde die Niederschriften der KT- Sitzungen vom 16.03.2022 ohne Beanstandungen bestätigt.

Zur Einwohnerfragestunde, TOP 2.2, gab es keine Wortmeldungen von Bürgern.

Unter TOP 2.3 Informierte der Landrat über die aktuelle Situation der im LKL ankommenden Ukraine- Flüchtlinge. Es gäbe eine enge Abstimmung mit den Kommunen.

Aktuell seien 2311 Personen angekommen, was etwa einem Prozent des Einwohner im LKL entspreche. täglich sei mit ca. Weitere Zuweisungen seien im Mai/ Juni angekündigt bzw. zu erwarten.

Betreffend Zuständigkeit für die Registrierung gab es einen Wechsel von der Ausländerbehörde auf das KJC, das Kommunale Jobcenter. Als Grund wurde das Bestreben, die Personen (erwachsene) in die Arbeitswelt zu integrieren.

Aktuell gäbe es gut 400 weitere verfügbare Wohnungen.

Der Landrat sprach den Dank für die aktive Mitwirkung an die Kommunen aus, wie auch an Wohnungsgesellschaften und die örtlichen Bauhöfe. Ebenso wurde die Bereitschaft der Sparkassen gewürdigt, die außerhalb der offiziellen Öffnungszeiten die Auszahlungen von Geldleistungen bzw. Einlösung von Schecks in Borna und Grimma realisieren.

Eine Änderung in der Besetzung des Ausschuss für soziale Infrastruktur im Kreistag gab es unter TOP 2.4.1 betreffend Fraktion GRÜNE durch das Ausscheiden von Frau Hesse. Bereits im Vorfeld wurde als Nachrücker Alexander Schmidt angefragt und signalisierte, das Mandat übernehmen zu wollen. Abgesehen von einem Einwurf von Bodo Walther, AFD wegen „Förmelei“ konnte der Kreistag positiv entscheiden, „da Frau Hesse ausdrücklich auf den Rechtsbehelf verzichte“, so der Landrat. Die Vereidigung von Herrn Schmidt wird im Kreistag Juli erfolgen, ist aber für seine vorherige Mitwirkung in Ausschüssen unerheblich. Mit dem

Ältestenrat sei dies abgestimmt. Der KT stimmte einer entsprechenden Einigung zu und bestätigte, dass künftig Herr Schmidt Ausschussmitglied sein wird.

Gleiche Gründe führten unter TOP 2.4.2 zur Umbesetzung im Integrationsbeirat. Ohne Gegenrede erfolgte dazu in offener Wahl die Bestimmung von Herrn Schmidt als neues stellvertretendes Mitglied.

Im TOP 2.4 wurde die 11. Änderung der Hauptsatzung beschlossen. Hintergrund und Erfordernis ergeben sich aus

- der Änderung der Sächsischen Landkreisordnung, insbesondere betreffend der Mindestzahl von Mandatsträgern für die Bildung von Fraktionen
- der neuen Zuordnung bestimmter Aufgaben bzw. Entscheidungen in die Zuständigkeit des Kreistages, die zuvor bei den Fachausschüssen lagen.

Im TOP 2.6 beschloss der Kreistag eine befristete Änderung der Beförderungsentgelte und -bedingungen im Gelegenheitsverkehr mit Taxen im Pflichtfahrgebiet Landkreis Leipzig -Taxitarifordnung-für den Taxiverkehr, unter Beibehaltung des Mitteldeutschen Taxitarifs.

Zu den unter § 2 der Taxitarifordnung vom 07.10.2020 benannten Beförderungsentgelten wird, bei unbedingter vorheriger Information des Kunden/ Fahrgastes vor Fahrtantritt die Erhebung einer Kraftstoffpauschale in Höhe von 1,00 € je Fahrt zur Kompensierung der massiv gestiegenen Kraftstoffkosten festgelegt.

Im TOP 2.7 wurde die Fortschreibung des Teilschulnetzplanes, betreffend die allgemeinbildende Grundschule Deutzen/ Neukieritzsch behandelt. Inhaltlich betraf das die Änderung der Schulbezirke sowie das gleitende Auslaufen des jahrgangsübergreifenden Unterrichts.

Mehrere Kreisräte äußerten sich kritisch. So zählte Karsten Schütze/ SPD auf, dass zunehmend die Ökonomie die Schullandschaft bestimme, über die frühe Trennung der Kinder in verschiedene Schularten, unzureichende Finanzierungen, den eher strategischen Einsatz von Fördermitteln, ständig neue Richtlinien, die teilweise keiner braucht... Man habe den Eindruck, Fördermittel seien „Belohnung“ für Schulschließungen an anderen Stellen. Die Mehrheit der SPD- Fraktion werde daher nicht zustimmen.

Auch die AFD meldete sich zu Wort wie auch die UWV. Jedoch wurde wiederum festgestellt, dass ja der Landkreis eigentlich gar keinen Einfluss habe auf die Festlegungen im Schulnetzplan. Also seien die Redebeiträge, insbesondere der von K. Schütze, eher „Landtagsreden“ gewesen, so Ute Kniesche/ Unabhängige Wähler.

Der Landrat, Henry Graichen, bestätigte, dass der KT nicht über Schulbezirke, Öffnung oder Schließung von Schulen entscheide. Nur dort, wo der LK Leipzig selbst Schulträger sei bestehe diese Zuständigkeit für Entscheidungen. Nachdem Thomas Hellriegel, Bürgermeister Neukieritzsch, den Sitzungssaal wegen Befangenheit verließ ergab die Abstimmung eine Ablehnung der Beschlussvorlage durch den Kreistag.

Manfred Heinz/ CDU-FDP, wies abschließend darauf hin, dass Grundlage der Beschlussvorlage die Entscheidung der Gemeinde Neukieritzsch gewesen sei. Die „Ablehner“ sollten ihre Entscheidung jetzt in Neukieritzsch auch erklären.

Im Zuge der Baumaßnahmen Umbau und Erweiterung an der kreiseigenen Robinienhofschule ergaben sich erhebliche Mehrkosten in Höhe von ca. 900 T €, der

Eigenanteil des LK Leipzig in Höhe von 1,6 Mio € sei nicht förderfähig, die Schülerzahlen sind steigend. Daher wurde unter TOP 2.8 darüber diskutiert. B. Walther/ AFD erbat nochmals eine Gegenüberstellung von Geplanten Kosten/ Mehrkosten/ Enabgerechnete Kosten.

Der 1. Beigeordnete Gerald Lehne verwies auf den Bau- und Vergabeausschuss, wo immer über den aktuellen Stand informiert wurde.

T. Penk/ GRÜNE kritisierte die kurzen Laufzeiten der Fördermittel bzw. -richtlinien und die darin festgelegten Auflagen. Diese würden eher behindern. Dadurch seien auch Nachträge für Teuerungen oder Erweiterungen nicht nachträglich förderbar.

Der Landrat kündigte an, künftig bereits bei Antragstellung Mehrkosten einzuplanen, wo dies möglich sei.

Die Beschlussvorlage erhielt trotz Diskussion Zustimmung.

Im Folgenden wurden mehrere Anträge von Fraktionen behandelt.

Zunächst ging es im TOP 2.9 um eine Fortschreibung der Radverkehrskonzeption des LK Leipzig aus dem Jahr 2017. Es sei ein Monitoring alle zwei Jahre vorgesehen, jedoch habe der LK seither nichts vorgelegt. Viele Defizite seien vorhanden, viele Fragen aus dem RVK offen. Eine Aktualisierung sei dringend notwendig, so die Ausführungen vom Antragsteller T. Penk für die Fraktion GRÜNE. 2019 habe Sachsen eine RVK für den Freistaat vorgelegt, in der es vorwiegend um touristische Radwege gehe. Der Landkreis habe ca. 270 km Radwege, dies sei viel zu wenig. Außerdem solle auch der Bedarf der Berufspendler per Rad beachtet werden.

Maik Kunze/ CDU-FDP beschrieb den Antrag als nachvollziehbar, jedoch nicht mit zu tragen. Eine weitere Studie, die dann in der Schublade lande brauche man nicht. Denn aktuell gäbe es keine bzw. kaum Möglichkeiten der Förderung. Radwegebau sei eine komplexe Angelegenheit. M. Kunze forderte dazu auf, künftig nur Anträge zu stellen,

die auch realisierbar seien, wenn entsprechende Förderprogramme bzw. -mittel zur Verfügung stünden.

Der Antrag wurde nach weiteren kritischen Wortmeldungen abgelehnt. Die gleichen Entscheidungen fielen bereits in den zuständigen Fachausschüssen als Empfehlung an den Kreistag.

Für die AFD- Fraktion erläuterte Gisela Fritzsche den im TOP 2.10 zu behandelnden Antrag zur Aufstockung der sog. „Frühen Hilfen“ als präventiver Kinderschutz und die dazu geforderten entsprechenden Vorbereitungen bei der Erstellung des Haushaltplanes 2023/24.

Als Deckungsvorschlag wurde die Umschreibung des bisherigen Budgets für Kleinprojekt-Förderung benannt.

Sie verwies dabei darauf, dass der Landrat selbst bereits dem Einsatz früh einsetzender Hilfen Priorität zugeschrieben habe und bediente sich dabei eines entsprechenden Zitats.

Heike Helbig/ CDU-FDP, wies in Ihrem Redebeitrag den Antrag als rein populistisch zurück. Die Fachbehörde beim LRA habe bereits nachgewiesen, dass es diesbezüglich keinen wirklichen Bedarf gäbe. Außerdem sagte sie zum Deckungsvorschlag, dass „genau das eben falsch sei“, da gerade die Kleinprojekte äußerst sinnvoll und auch gut angenommen seien.

Bodo Walter/ AFD erwiderte, es sei doch die eigene Intention von Frau Helbig, die frühen Hilfen zu erweitern. Dem widersprach Heike Helbig und forderte von B. Walther, doch korrekt zu zitieren.

Der Antrag kam zur Abstimmung und wurde mehrheitlich abgelehnt.

Ein nächster Antrag, TOP 2.11, wiederum von der AFD, bezog sich auf das Infektionsschutzgesetz, konkret auf die einrichtungsbezogene Impfpflicht gem. § 20a.

Herr Schwitala, AFD forderte vom Landrat gemäß Antrag

- die vorliegende Datenlage zum Impfstatus beschäftigter Personen in den nach §20a IfSG Abs. 1 betroffenen Einrichtungen/Unternehmen im Landkreis Leipzig zu benennen
- bis zur Abschaffung des § 20a IfSG von der in Absatz 5 enthaltenen KANN-Bestimmung zum Arbeits- und Aufenthaltsverbot im Gesundheitswesen keinen Gebrauch zu machen
- sich an den Ministerpräsidenten des Freistaats Sachsen zu wenden und ihn aufzufordern, sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen, dass § 20a IfSG wieder aufgehoben wird.
- sich unverzüglich auf allen Ebenen entschieden gegen jede weitere Einführung einer allgemeinen Impfpflicht oder Impfpflicht für bestimmte Alters- und/oder Berufsgruppen gegen das Corona-Virus auszusprechen und dies abzulehnen

Als Begründung wurde aufgeführt, im gesamten Landkreis Leipzig die ärztliche, pflegerische und therapeutische Versorgung auch über den 15. März 2022 hinaus in dem bisherigen Maße sicherzustellen und zu gewährleisten.

Es bleibe immer eine Drohung, es würden Pflegekräfte ihre Einrichtungen verlassen müssen. Wer solle diese ersetzen? Viele wollten keinen experimentellen Impfstoff, der lediglich eine Notzulassung habe.

Er forderte abschließend, den Mitarbeitern in der Pflege durch Zustimmung zum Antrag Unterstützung zu zeigen.

Landrat Henry Graichen zeigte auf, dass der Antrag schon rein inhaltlich falsch dargestellt sei. Nichts MUSS, sondern es KANN... z.B. das Beschäftigungsverbot angewendet werden.

Frau Dr. Bunzlaff (ehem. LINKE, jetzt fraktionslos) fragt, warum dann diese 2.500 € noch in den Anschreiben an die ungeimpften Pflegekräfte stünden?

Der Landrat erklärt, dass dies so ordnungsrechtliche Regelungen seien, anders als bei Gesetzgebungen.

Kreisrat Illig, (ehem. AFD, jetzt fraktionslos) berichtet von einem Schreiben der Diakonie, nach dem ab 01.07. Mitarbeiter ohne Impfung „ausgesperrt“ würden, weil sie dann ein Betretungsverbot für die Einrichtung gelte.

Siegfried Runkwitz/ LINKE nannte die Argumente des Landrats „gut“, Dies seien wirklich verantwortungsvoller Umgang und Handeln mit diesen Regeln, auch und insbesondere gegenüber den Pflegebedürftigen, Patienten und den alten Menschen in Einrichtungen.

Landrat H. Graichen gab nochmals eine Erklärung ab mit dem Wunsch, sie möge doch nun hoffentlich endlich verstanden werden. Der entscheidende Satz im Gesetz. „das Gesundheitsamt kann...“ räumt das Ermessen der Verwaltung ein, und dies eben zu Gunsten der Versorgungssicherheit.

Es kam auch hier bei der Abstimmung zur mehrheitlichen Ablehnung des Antrags der AFD.

Im letzten TOP 2.12, Anfragen der Kreisräte, meldete sich R. Gängel, LINKE, zu Wort und trug, wie schon des Öfteren, das Problem der aus seiner Sicht schlechten Taktung im ÖPNV vor, speziell in Markranstädt. Es seien zu kurze Umsteigezeiten, Anschlüsse seien nicht zu erreichen seit der letzten Umstellung der Abfahrtszeiten.

Der Landrat erklärt dazu die Zuständigkeiten von ABELIO, NaSa, LVB usw..

Weiterhin kritisiert Herr Gängel die schlechten Zustände der Wege und Bahnsteige auf Bahnhöfen. Wann werde wo was gemacht? Welchen Einfluss habe der Landkreis auf Baumaßnahmen und deren qualitativer Ausführung?

Der Landrat erwiderte, dass der LK Leipzig keinen Einfluss habe, sondern dies nur den Verantwortlichen mitteilen könne.

B. Walther, AFD, fragte an, ob der LK eine Beteiligungsrichtlinie habe. Der Landrat teilte mit, dass diese noch nicht abschließend gefertigt sei, um sie dem Kreistag vorzulegen.

Ende der Sitzung

G. Sporbert

FGF, CDU/ FDP- KT- Fraktion

18.05.2022